

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 14.04.2015
Sitzung Nummer:	6 (JHA/6/2015)
Sitzungsdauer:	17:30 - 20:00 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Christel Güldenpfennig
Vorsitzender

Martina Friedrichs
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Christel Güldenpfennig

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susanne Borkowski

Herr Horst Janas

Frau Steffi Kraemer

Frau Janin Schönberg

Herr Peter Swiderski

Herr Silvio Wulfänger

Herr Bernd Zürcher

beratende Mitglieder

Herr Heiko Bösel

Anke Hartel

Frau Birgit Hartmann

Frau Steffi Hohmann

Herr Bernd Jonschkowski

Herr Samuel Kloft

Frau Kathrin Müller

Herr Sebastian Stoll

Frau Bärbel Voigt

Protokollführer

Frau Martina Friedrichs

von der Verwaltung

Frau Almut Krüger

Herr Dirk Michaelis

Gäste

Frau Christine Zacharias

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Marcus Graubner

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Günter Rettig

beratende Mitglieder

Herr Carsten Kloth

Herr Markus Nitsch

Herr Enrico Schmitt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 5. Sitzung des Ausschusses vom 17.02.2015
- 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 099/2015
- 7 Jahresberichte 2014 der Leistungserbringer der Sozialpädagogischen Familienhilfe
Vorlage: 114/2015
- 8 Vorstellung und Diskussion zum Kreisentwicklungskonzept
- Berichtersteller: Dirk Michaelis
- 9 Anfragen und Anregungen

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Güldenpfennig eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Frau Güldenpfennig stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die fehlenden Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungsanträge zur Tagesordnung; die Tagesordnung wird festgestellt.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragen.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 5. Sitzung des Ausschusses vom 17.02.2015

Frau Güldenpfennig stellt den öffentlichen Teil der Niederschrift fest.

Frau Müller teilt mit, dass der vollständige Bericht zum TOP 7 der letzten Sitzung (DS-Nr. 104/2015) in Session einsehbar ist.

**zu TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 099/2015**

Frau Krüger stellt die DS-Nr. 099/2015 vor und erläutert diese.

Fragen stellt Frau Voigt, die durch Frau Krüger und Herrn Stoll beantwortet werden.

Der DS-Nr. 099/2015 wird bei einer Enthaltung zugestimmt.

**zu TOP 7 Jahresberichte 2014 der Leistungserbringer der Sozialpädagogischen Familienhilfe
Vorlage: 114/2015**

Frau Müller erläutert die DS-Nr. 114/2015.

Herrn Swiderski ist aufgefallen, dass sich die Hilfezahlen des DRK über den ganzen Landkreis erstrecken. Ist hier geplant, eine gewisse „Gebietshoheit“ zu schaffen? Wie kommt diese unterschiedliche Verteilung?

Frau Müller: Grundsätzlich wird für den Einsatz der SPFH der Träger eine gewisse „Gebietzuständigkeit“ praktiziert. Gebietsübergreifende Einsätze kommen dann zustande, wenn

- die SPFH von Träger A ausgebucht ist,
- bei Träger B freie Kapazitäten vorhanden sind,
- der Hilfebeginn nicht zeitlich hinausgeschoben werden kann.

Frau Voigt hat die Vermutung aus ihrer täglichen Arbeit, dass es viel mehr Bedarf geben würde. Aber die Familienhilfe ist freiwillig und nicht alle nehmen diese Hilfe an. Es gehen nicht alle zum Jugendamt.

Frau Müller erklärt, dass bei der benötigten Hilfeform nicht immer die SPFH die geeignetste Form ist. Dritte haben zwar oft in die Richtung „Familienhilfe“ gehende Vorstellungen, die aber nicht unbedingt mit der fachlichen Beurteilung im Jugendamt konform gehen. Solange wir keinen Gefährdungssachverhalt haben, bleibt Hilfe zur Erziehung immer eine freiwillige Angelegenheit. Trotzdem haben wir eine sehr hohe Inanspruchnahme von Hilfen.

Frau Hartel fragt nach, wie es Beendigung der Hilfe wegen Ablehnung der Hilfe durch die Familie oder wegen fehlender Mitwirkung weitergeht. Die Probleme sind ja dann nicht gelöst – was passiert dann?

Frau Müller: Es bleibt freiwillig. Wenn jemand für sich entscheidet, die Hilfe nicht mehr zu wollen, ist der Hilfebedarf nicht weg. Wir sagen den Leuten aber auch, dass unsere Tür immer offen steht und sie jederzeit wieder zu uns kommen können. Aber es hat Grenzen: Wenn sich Kriterien für eine Kindeswohlgefährdung darstellen, dann würden wir die Inanspruchnahme von Hilfe auch gegen den Willen der Eltern durchsetzen. Das ist aber immer der schlechtere Weg. Es ist wichtig, den Eltern klarzumachen, dass wir sehen, dass sie Hilfe brauchen. Und die zuständigen Sozialarbeiter behalten die Familien auch trotzdem noch im Blick.

Die Mitteilungsvorlage 114/2015 wird zur Kenntnis genommen.

**zu TOP 8 Vorstellung und Diskussion zum Kreisentwicklungskonzept
- Berichterstatter: Dirk Michaelis**

Herr Michaelis stellt das Kreisentwicklungskonzept vor.

Für Frau Kraemer ist dieses Konzept erstmal eine große Bestandsaufnahme. Mir fehlt: Wo will der Landkreis bis 2025 hin? Wir müssen als Politiker ja auf die vielen sich ergebenden Fragen auch antworten können.

Herr Michaelis: Diese Fragen kamen schon öfter, deshalb gibt es die Folie mit der Definition. Das KEK ist kein Masterplan, sondern in erster Linie ein Handlungsrahmen. An den Zielen müssen wir noch arbeiten.

Frau Borkowski: Wir haben das Glück, einen Jugendhilfeplan zu machen, und dass da das Ganze mit Handlungszielen stärker untersetzt sein wird als in anderen Feldern. Aber vielleicht könnte man solche Prozesse auch für andere Bereiche anregen, z. B. für den Bereich Daseinsvorsorge.

Wie ist die Frage von Entwicklungen im Bereich Asylbewerber/Flüchtlinge? Ist das mit drin?

Herr Michaelis: Das ist aus aktuellem Anlass im Bevölkerungskapitel mit drin.

Herr Zürcher findet es hochinteressant, ist aber der Auffassung, dass so etwas die Verwaltung oder Kommunalpolitik nicht allein bestimmen kann. Vor einigen Jahren haben wir so eine Erfassung in Osterburg gemacht und versucht, mit Bürgern ins Gespräch zu kommen. Es war sehr ernüchternd – wir sind zwischen die Fronten geraten. Wir sind eine besondere Region – das sehen aber nicht alle so. Müsste hier nicht überlegt werden, auch besondere Wege zu gehen? Das kann man zumindest diskutieren, und zwar übergreifend, nicht nur im Jugendhilfeausschuss.

Frau Hartmann: Es muss klar sein, nicht noch einmal irgendwelche Einrichtungen zu schließen, egal ob Schule, Kindergarten oder Schullandheim – wir müssen uns stark machen. Wenn so viel wegbreicht, haben die Leute keine Lust mehr zu kämpfen, weil sie immer verlieren.

Frau Hartel: Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ist es wichtig, das Leben im ländlichen Raum attraktiv zu gestalten; wenn wir diese Leute verlieren, kommen sie nicht wieder, dann brauchen wir auch kein Programm machen für „Zurückkommer“.

Herr Swiderski fragt nach der Art der Publikation des Konzeptes.

Herr Michaelis: Es wird im Internet eingestellt und soll auch jährlich fortgeschrieben werden.

Frau Voigt findet es superwichtig, dass man für unseren Landkreis Stendal Visionen entwickelt, die man auch nach außen vermittelt. Wir sind eine Modellregion, wo man so etwas machen kann.

Herr Michaelis hat sich die Erarbeitung des Konzeptes wesentlich einfacher vorgestellt, das ganze Wissen der Fachämter zusammenzutragen, in Struktur und in eine einheitliche Lesart zu bringen – so war es nicht. Wir haben es nur nebenbei zum Tagesgeschäft gemacht – das ist das Problem. Wir gehen jetzt in die Beteiligung und Diskussion und fragen, was die breite Masse sagt.

Frau Zacharias: Man muss sich von oben Gedanken machen, wo man mit der Region hin will, um es Leuten attraktiv für einen Zuzug zu machen. Aber wichtiger ist es noch mit Leuten zu arbeiten, die hier verwurzelt sind, die Region kennen und Ideen haben. Wenn wir Leute hier haben wollen, müssen wir uns Gedanken machen, warum wir sie hier haben und womit wir sie herholen wollen. Das geht nicht ohne die Bevölkerung.

Herr Michaelis: Man müsste Zukunftswerkstätten machen, kann auch über Facebook Leute erreichen.

Frau Voigt: Wenn wir Tangermünde als zweit Schönste Stadt Deutschlands hier haben, muss man das nur noch weiter ausbauen. Die Ansätze sind da.

Herr Michaelis: Nach der Sommerpause kommt dann der zweite Entwurf.

zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

Herr Wulfänger informiert den JHA über die Arbeit des Unterausschusses. Derzeit wird eine weiterentwickelte Jugendhilfeplankonzeption entstehen. Der Dienstleister Con_sens begleitet uns bei der Erarbeitung des neuen Jugendhilfeplanes. Es gab schon Interviews mit Vertretern des Jugendamtes zur Analyse der derzeitigen Jugendarbeit; auch Unterausschussmitglieder bzw. Trägervertreter wurden interviewt. Es gab einen Workshop zu den Qualitätsanforderungen, die wir an die Jugendarbeit in unserem Landkreis haben, ein Abstimmungsgespräch mit Con_sens zur Vorbereitung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bzw. Familien; es gab eine Gesprächsrunde zu den Ergebnissen der Bestandsanalyse, die vorgenommen wurde. Als nächstes steht die Beteiligung von Kinder, Jugendlichen und Familien an. Diese soll an ausgewählten Schulen und Einrichtungen vorgenommen werden. Es werden die gleichen Fragen und das gleiche Modell der Befragung durchgeführt. Frau Tews wird das Projekt mit Studenten der Hochschule begleiten.

Im Unterausschuss gibt es noch mal eine kleine Arbeitsgruppe, die sich mit dieser Befragung beschäftigt – wie es organisatorisch ablaufen soll, wie die Fragen lauten sollen usw. Im Mai wird die Erhebung der Daten erfolgen, dazu brauchen wir noch die Genehmigung vom Landesverwaltungsamt. Bei den Fragen geht es um die Bedürfnisse der Kinder: Was gefällt den Kindern bisher? Was gefällt ihnen nicht? Was fehlt ihnen in der Jugendbetreuung?

In 14 Tagen findet ein weiterer Workshop statt zur Beteiligung der freien Träger; dort stehen die Angebote der freien Träger auf dem Prüfstand. Die Vorgehensweise von Con_sens ist sehr logisch und nachvollziehbar. Alle Akteure in diesem Prozess der Jugendbetreuung wurden und werden mit einbezogen, alle können sich äußern und ihre Ideen für das kommende Konzept mit einbringen. Der neue Jugendhilfeplan soll nicht nur Visionen beinhalten, sondern es soll ein praktikables Gesamtwerk mit Bodenhaftung sein.

Jetzt geht es in die heiße Phase; es wurde sehr viel vom Bestand aufgenommen, die Beteiligung wird stattfinden, aber in letzter Konsequenz geht es um die Schlussfolgerungen, die man daraus zieht, z. B. der demographische Aspekt soll einfließen. Ich erwarte hier kontroverse Diskussionen, denn das ist unser Konzept für die Zukunft, was wir versuchen, hier zu erstellen.

Frau Güldenpfennig berichtet zur zweiten Sitzung des Beirates „Schulerfolg sichern“. Es wurde eine Definition dieses Beirates formuliert. *Der Beirat ist eine Zusammensetzung, die berät und Prioritäten festsetzt.* Dieser Beirat besteht aus den Trägern, der Verwaltung, der Netzwerkstelle und des Jugendhilfeausschusses. Hier geht es darum, den Schulerfolg in allen Schulformen unseres Kreises zu sichern. Die Anforderungen für Schulsozialarbeiter sind nicht auf eine Schulform begrenzt, sondern von der Grundschule bis zum Gymnasium gefördert und unterstützt werden. Im Moment arbeiten 23 Schulsozialpädagogen im Landkreis Stendal. Die Schulen haben ihren Beitrag bis zum Termin 04.12.14 geleistet; das war auch notwendig, damit die Träger ihre Anträge fristgerecht schreiben und auch einreichen konnten. Innerhalb des Beirates wurden vier große Blöcke festgelegt, denn es gab mehr Anträge als sicher Schulsozialarbeiter zugewiesen werden können. Im ersten Block wurde festgelegt, das sind die Stellen, die als ESF-Stellen weitergeführt werden. Im zweiten Block sind die Stellen, die aus Bildung und Teilhabe überführt werden in das ESF-Programm. Im dritten Block sind die Neuen und besonders als wichtig erachteten Anträge von Schulen, in denen Schulsozialarbeiter benötigt werden. Im vierten Block sind andere Antragsteller, wobei vermerkt wurde, dass es keine Rangfolge oder keine Abwertung irgendeiner Schule darstellt.

Bei der Antragstellung wurde auf die Zusammenarbeit von Schulen hingewiesen, z. B. haben das Hildebrandt- und das Winckelmann-Gymnasium zusammen einen Schulsozialarbeiter beantragt. Insgesamt stellen 37 Schulen Fördermittelanträge für die Schulsozialarbeit. Es wurde auch festgestellt, dass die regionale Netzwerkstelle „Schulerfolg sichern“ weitergeführt werden soll.

Herr Janas fragt nach der Rückinformation.

Frau Müller: Die Netzwerkstelle oder der Beirat ist nicht die Bewilligungsbehörde; das ist das Landesverwaltungsamt. Es gab schon entsprechende Hinweise an das Kultusministerium, dass die Zeit drängt.

Frau Güldenpfennig informiert noch über eine Einladung zum Frauencafé am 4. Mai 2015 um 15.00 Uhr im Landratsamt Stendal, Raum Stendal.

Herr Bösel: In Tangermünde ist der Bedarf an Kita- und Hortplätzen nicht gedeckt. Ein Schreiben der Stadt ist rausgegangen, aber es kamen noch keinerlei weitere Informationen. Seit 1.8.2013 ist ja der Landkreis für die Sicherstellung der Plätze verantwortlich.

Frau Müller: Der Bürgermeister wird demnächst die entsprechende Antwort auf dieses Schreiben bekommen. Ich erwarte von der Kommune, dass man gewisse Vorstellungen entwickelt, wie man dem Bedarf Rechnung trägt. Wir reden mit der Stadt Tangermünde schon seit Jahren über dieses Thema – leider mit nicht sehr viel Erfolg. Wer werden uns nochmal unterhalten müssen, aber ich erwarte dann auch mal Aussagen oder konkrete Vorstellungen der Stadt Tangermünde dazu. Mir nur mitzuteilen, dass der Bedarf nicht gedeckt werden kann – das wissen wir selbst. Wir haben's der Stadt Tangermünde auch immer wieder in's Arbeitsbuch geschrieben.

Herr Wulfänger: Zeigt das nicht auch, dass dieses System nicht funktionieren kann, dass zwei Verantwortungsträger in diesem Topf rumrühren? Ich wundere mich, dass die Kommune sich zurückzieht und sagt: Der Landkreis ist dafür zuständig. Aber die Kommune selbst hat doch auch eine Verantwortung für die Kinder, oder nicht?

Frau Müller: Doch, denn woanders funktioniert es ja auch. Selbst wenn der Kreis der Planungsträger ist, ist er aber nicht Träger der Einrichtungen und kann es nach dem Gesetz erstmal auch nicht sein. Die Kommune hat gewisse Verpflichtungen ihrer eigenen kommunalen Daseinsvorsorge. Wenn ich als Kommune mich über Bevölkerungszuwachs freue und Interesse an meiner eigenen Bevölkerung in meiner Stadt habe – dazu gehört auch die Kindertagesbetreuung. Natürlich richtet sich der Anspruch gegen den Landkreis, aber der Landkreis kann nicht ohne die Kommune handeln. Deshalb erwarte ich von der Kommune auch eigene Vorstellungen.

Herr Bösel hat auch im Sozialausschuss alle Fraktionen angesprochen, weil die sich ja auch in ihren Wahlversprechen Gedanken machen sollen und nicht nur die Stadtverwaltung.

Frau Müller: Im Übrigen ist der Bedarf, der u. U. nicht zu decken ist, nicht erst jetzt entstanden seit 1.8.2013. Dieses Defizit gab es vorher schon. Die Stadt Tangermünde schiebt dieses Problem schon eine gewisse Zeit vor sich her. Aber wir sind jederzeit bereit, konstruktiv an einer Lösung mitzuarbeiten. Oder andersherum: Wir werden eine Lösung finden, aber ob die dann der Stadt gefällt? Wenn die Stadt sich darauf zurückzieht und sagt: *Soll der Landkreis doch machen*, dann wird der Landkreis dafür sorgen, dass der Rechtsanspruch erfüllt wird. Aber dann wird die Stadt damit leben müssen mit dem, was wir tun. Das sind extreme Varianten, aber ich möchte schon, dass die Kommune sagt, ich will das auch, und ich bin dann auch komplett bereit, den Weg auch so zu gehen, dass wir uns nicht jedes Jahr nette Briefe hin- und herschreiben müssen.

Herr Bösel hat das Gefühl, dass sich hier Einer auf den Anderen verlässt.

Frau Müller: So ist es nicht. Hier hat der Eine einfach die notwendigen Schritte nicht getan, zumindest nicht so, wie wir uns das vorgestellt hätten. Wir werden das noch einmal gründlich besprechen, wir müssen eine Lösung für die Zukunft finden. Das werden wir auch tun, hoffentlich gemeinsam mit der Stadt, zur Not aber auch ohne die Stadt.

Frau Voigt fragt, ob die Bedarfe überhaupt erfasst sind. Nicht nur Tangermünde ist mir mit einer Unterversorgung bekannt, sondern auch andere Ecken.

Frau Müller: Die gibt es punktuell auch, aber die Lösungsansätze unterscheiden sich. Und die Art der Kommunikation unterscheidet sich auch.

Frau Güldenpfennig beendet den öffentlichen Teil um 19.55 Uhr. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.